|  |  |
| --- | --- |
|  |  |
| Landkreis Osnabrück · Postfach 25 09 · 49015 Osnabrück | Die Landrätin |

Datum: 20.09.2023

Zimmer-Nr.: 3701

Auskunft erteilt: S. Joachim-Meyer

Durchwahl: 0541 501-3901

Fax: (0541) 501- 63901

E-Mail: joachim-meyer@massarbeit.de

**Pressemitteilung**

**„Jugendliche nicht abhängen“: Jobcenter zeigen in Berlin der U25-Reform die rote Karte**

MaßArbeit protestiert beim Tag der kommunalen Jobcenter gegen Pläne der Bundesregierung

**Berlin/Landkreis Osnabrück.** „Jugendliche nicht abhängen – U 25-Reform die rote Karte zeigen“: Das haben die kommunalen Jobcenter beim Tag der kommunalen Jobcenter in Berlin unter Federführung des Deutschen Landkreistages (DLT) und Deutschen Städtetages deutlich gemacht. Ihre Ablehnung gegenüber den Plänen der Bundesregierung drückten die Jobcenter aus, indem sie den Vorschlägen sprichwörtlich die rote Karte zeigten. Zudem wurde eine Resolution verabschiedet. Auch MaßArbeit-Vorstand Lars Hellmers wendet sich entschieden gegen die Pläne der Bundesregierung, Jugendliche und junge Erwachsene im Bürgergeld aus ihren bewährten Hilfe- und Beratungsstrukturen zu reißen, um im Bundeshaushaushalt Einsparungen zu erzielen: „Die politische Entscheidung basiert auf rein finanzpolitischen Erwägungen. Die Folgen für die jungen Menschen im Bürgergeldbezug werden dabei nicht bedacht.“

Die Bundesregierung plant, die Vermittlung und Betreuung der Bürgergeldbeziehenden unter 25 Jahren künftig von den Jobcentern auf die Arbeitsagenturen zu übertragen. Das bedeutet gleichzeitig einen Wechsel von einem steuerfinanzierten in ein beitragsfinanziertes System. Welche Folgen diese Reform hätte, darauf macht das Jobcenter des Landkreises Osnabrück auch auf seinem in der vergangenen Woche an den Start gegangenen Instagram-Kanal #dein\_jobcenter aufmerksam, der bereits viele Unterstützer fand.

In Berlin machte sich MaßArbeit-Vorstand Lars Hellmers am Mittwoch für eine Fortführung der erfolgreichen Arbeit der MaßArbeit mit arbeitslosen Menschen unter 25 Jahren stark: „Allein für den Landkreis Osnabrück reden wir über 1.500 Jugendliche, bei denen wir einen Betreuungsabbruch hätten. Die Unterstützungsangebote könnten hier nicht entsprechend fortgeführt werden. Und das wäre fatal.“ Bundesweit sind rund 700.000 Jugendliche betroffen. Von dem Wechsel verspricht sich die Regierung eine Entlastung des Arbeitsressorts von rund 900 Millionen Euro.

Auch in ihrer Resolution verdeutlichen der Deutsche Landkreistag und Deutsche Städtetag stellvertretend für die kommunalen Jobcenter ihre Befürchtungen: So würden Jugendliche und junge Erwachsene schlechter betreut, da die Arbeitsagenturen nicht die gleichen Möglichkeiten zur Hilfestellung hätten. Zudem arbeiteten die Jobcenter aufsuchend, um auf die individuellen Bedürfnisse der jungen Menschen einzugehen. Jahrelang aufgebaute Netzwerke würden zerstört. Jugendliche und junge Erwachsene mit Suchtproblemen, Schulden oder psychosozialen Bedarfen hätten einen erschwerten Zugang zu Hilfeleistungen. Zudem stiegen die Gefahren späterer Langzeitarbeitslosigkeit und staatlicher Transferleistungen.

„Die kommunalen Netzwerke müssen zum Wohle der Jugendlichen und jungen Erwachsenen erhalten bleiben. Die Jobcenter haben aufgrund ihrer höheren Kontaktdichte und intensiveren Betreuung den besseren Zugang zu den Menschen. Ihre Arbeit ist mehr denn je Sozialarbeit“, heißt es in der auch von der MaßArbeit unterstützten Resolution. „Wir hoffen gemeinsam, dass diese Pläne nicht Realität werden und die jungen Menschen unter 25 Jahren nicht die negativen Konsequenzen dieser unsäglichen U25-Reform tragen müssen“, so der MaßArbeit-Vorstand.

Bildunterschrift:

*In Berlin zeigten Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Jobcenter der U25-Reform die rote Karte. Auch MaßArbeit-Vorstand Lars Hellmers (1. Reihe links) machte sich stark für den Verbleib der Betreuung der jungen Menschen bei den Jobcentern.*

*Foto: Deutscher Landkreistag*